

3687 /J
12. Nov. 2009

ANFRAGE

der Abgeordneten Gerhard Huber
Kolleginnen und Kollegen

an den Herrn Bundesminister für Gesundheit
betreffend **Förderung von Glücksspiel durch die Republik Österreich in Lienz.**

Originalzitat Kleine Zeitung 17. September 2009

Das Lienz Casino Win-Win mit seinen 80 Automaten gibt es seit August 2004. Seitdem kämpft Bürgermeister Johannes Hibler um Vergnügungssteuer, ein Verfahren beim Verwaltungsgerichtshof ist anhängig. Nun einigten sich Stadt und Casino-Betreiber: 440 Euro jährliche Steuer pro Automat wurden auf 220 Euro halbiert. Hochgerechnet kassiert die Stadt somit 1,1 Millionen Euro rückwirkend ab August 2004. Künftig fließen pro Jahr 211.000 Euro in die Stadtkasse.

Diese Einigung nannten die Grünen einen Kniefall Hilters vor der Spielmaschinenindustrie. "Die jährliche Steuer entspricht dem Kommunalsteueraufkommen eines Betriebes mit 250 Mitarbeitern", sagt Hibler. Ohne Lösung hätte sich Win-Win aus Lienz verabschiedet. Für Hibler gilt das Motto: "Die Kuh wird gemolken und nicht geschlachtet."

Die Geschäftsidee von Win-Win basiert auf das Glücksspiel durch Videoterminals, welche den Videospielen, welche im Privatbereich benützt werden, sehr ähnlich sind, bzw. auf diesen technologisch aufbauen.

Daher ist die Versuchung dieses Spielangebot zu nützen, speziell für junge Menschen ab 18 sehr verlockend. Durch scheinbare Minimaleinsätze werden hohe Gewinne versprochen, auf die Gefahr hin, dass die Spielerinnen und Spieler der Spielsucht erliegen. Das dies durchaus passieren kann beweist die Tatsache, dass auf der Homepage von WIN-WIN Informationen bzgl. Spielsucht und Beratungsstellen für Spielsüchtige zu finden sind.

Umso verwunderlicher ist es, dass diese Art von Spielcasinos in Lienz, nur auf politischer Intervention seitens der Stadt Lienz, nicht seit dessen Eröffnung, ordnungsgemäß die vorgeschriebene Vergnügungssteuer abliefern musste, und man sich in weiterer Folge auf einen Kompromiss mit den Casino-Betreiber einigte, und die jährliche Steuer pro Automat rückwirkend ab August 2004 halbiert wurde. In Zahlen handelt es sich rückwirkend um einen Verlust von 1, 1 Mio. Euro ab August 2004 bzw. jährlich einen Verlust von 211.000 Euro jährlich für die Stadt Lienz.

Bedenklicher als die Ungereimtheiten bzgl. Steuerabgaben ist der moralische Aspekt, da diese Art von Spielangeboten, nachweislich viele Menschen in die Spielsucht treibt, und damit menschliche Existenzen gefährdet werden und selbige ins Elend führen.

Es ist daher fraglich, ob es sich bei der Fa. Win-Win, um eine geschickte Umgehung des § 12a des Glücksspielgesetzes handelt, da die Konzession für die Video Lotterien Terminals die Österreichischen Lotterien halten, das sogenannte Projekt über eine gemeinsame

Tochtergesellschaft der Österreichischen Lotterien und Casinos Austria, die Glücks- und Unterhaltungsspiel BetriebsgesmbH. Win Win, durchgeführt wird.

Diese Art von Casinos täuschen durch geschicktes Marketing, den Spielerinnen und Spielern ein scheinbar risikoloses Glücksspiel ohne persönlichen, höheren finanziellen Verlust vor, welche zumeist in der Spielsucht der Spielerinnen und Spieler enden. Selbiges hat zur Folge, dass es bei vielen Familien der Spielsüchtigen zu finanziellem Elend führt, es zu Trennungen kommt und somit viele Familien, aber auch persönliche Existenzen zerstört werden. Für mich als Nationalrat, der sich tagtäglich dafür einsetzt, Menschen, welche armutsgefährdet sind zu helfen, ist es daher unverständlich, dass die Bundesregierung bzw. der österreichische Gesetzgeber diese Art von Spielcasinos fördert.

Daher stellen unterfertigte Abgeordnete an den Herrn Bundesminister für Gesundheit folgende

ANFRAGE

1. Gibt es Statistiken, wieviele Personen, derzeit an Spielsucht in Österreich erkrankt sind?
2. Wenn ja, wann und von wem wurden diese Statistiken in Auftrag gegeben?
3. Wenn ja, wie bewerten Sie bzw. Ihr Ministerium diese Statistiken?
4. Wenn ja, welche Initiativen setzt Ihr Ministerium um die Zahl der Personen, welche an Spielsucht erkrankt sind, zu senken?
5. Welches Budget steht ihrem Ministerium für die Behandlung von Personen zur Verfügung, welche an Spielsucht erkrankt sind?
6. Welche präventiven Maßnahmen gibt es seitens ihres Ministeriums, um die österreichische Bevölkerung vor der Erkrankung an Spielsucht zu schützen?
7. Gibt es Statistiken, wieviele Personen aufgrund des Spielangebotes der Österreichischen Lotterien bzw. der Casinos Austria und deren Tochtergesellschaften an Spielsucht erkrankt sind?
8. Wenn nein, gibt es seitens ihres Ministeriums Pläne, solche Studien in Auftrag zu geben?
9. Gibt es Verhandlungen zwischen ihrem Ministerium mit dem Bundesministerium für Justiz, um das Glücksspielgesetz, zum Schutze der Bevölkerung, zu überarbeiten?

10. Wenn ja, inwieweit sind diese Verhandlungen fortgeschritten?

11. Wenn nein, warum nicht?

12. Sehen Sie als Verantwortlicher ihres Ministeriums dringenden Handlungsbedarf, um die steigende Erkrankung an Spielsucht zu bekämpfen?

13. Wenn ja, warum?

14. Wenn nein, warum nicht?

Gerhard Huber
fute
max